

1804

**Allgemeine Verwaltungsvorschrift für den örtlichen Alar-**  
**dienst (Vwv Alarmdienst) vom 23. Dezember 1969 BAnz. Nr.**  
**240/69 vom 30. 12. 1969)**

I

Rachstehend wird die vom Innenminister des Innern mit Zustimmung des Bundesrates erlassene Allgemeine Verwaltungsvorschrift für den örtlichen Alarmdienst (Vwv Alarmdienst) vom 23. 12. 1969 (BAnz. Nr. 240/69 vom 30. 12. 1969) bekanntgegeben.

Zur Durchführung habe ich die in Kursivschrift gesetzten ergänzenden Bestimmungen erlassen.

Wiesbaden, 13. 8. 1970

Der Hessische Minister des Innern  
Vl. 62 - 24. 11. 02 - 03  
StAnz. 41/1970 S. 1951

\*

II

**1. Abschnitt**  
**Allgemeine Bestimmungen**

**§ 1**

Aufgabe des örtlichen Alarmdienstes ist die öffentliche Alarmierung der Bevölkerung durch Sirenen oder sonstige akustische Mittel bei Angriffen durch Flugzeuge oder Flugkörper (Luftalarm).

**§ 2**

Der Alarmdienst gehört zum Aufgabengebiet des örtlichen Zivilschutzleiters.

Zu § 2.

Örtlicher Zivilschutzleiter ist gemäß § 4 des Gesetzes über Maßnahmen zum Schutze der Zivilbevölkerung (ZBzG) der leitende Gemeindebeamte.

Die Zuständigkeit des leitenden Gemeindebeamten und der sonstigen gemeindlichen Organe richtet sich nach der Hessischen Gemeindeordnung (HGO).

**§ 3**

Die ordnungsgemäße Durchführung des Alarmdienstes in den Gemeinden.

Zu § 3

Zuständige Landesbehörden sind § 156 HGO.

**2. Abschnitt**  
**Alarmgeräte und Einsatz der Alarmgeräte im Verteidigungsfall**

**1. Alarmgeräte**

§§ 1 bis 3

**2. Alarmgeräte**

a) ortsfeste Alarmgeräte

b) Hochleistungs-Sirenen,

c) Ortsrufanlagen, die an das öffentliche Stromnetz angeschlossen sind,

d) sonstige ortsfeste Geräte

**3. Alarmgeräte**

a) fahrbare Sirenen-Lautsprecher

b) sonstige bewegliche Alarmgeräte

**4. Alarmgeräte**

a) handbediente Sirenen,

b) Ortsrufanlagen, die nicht an das öffentliche Stromnetz angeschlossen sind,

c) Fabrikpfeifen,

d) Typhone,

e) sonstige akustische Mittel

**5. Alarmgeräte**

a) handbediente Sirenen,

b) Ortsrufanlagen, die nicht an das öffentliche Stromnetz angeschlossen sind,

c) Fabrikpfeifen,

d) Typhone,

e) sonstige akustische Mittel

**6. Alarmgeräte**

a) handbediente Sirenen,

b) Ortsrufanlagen, die nicht an das öffentliche Stromnetz angeschlossen sind,

c) Fabrikpfeifen,

d) Typhone,

e) sonstige akustische Mittel

**7. Alarmgeräte**

a) handbediente Sirenen,

b) Ortsrufanlagen, die nicht an das öffentliche Stromnetz angeschlossen sind,

c) Fabrikpfeifen,

d) Typhone,

e) sonstige akustische Mittel

**8. Alarmgeräte**

a) handbediente Sirenen,

b) Ortsrufanlagen, die nicht an das öffentliche Stromnetz angeschlossen sind,

c) Fabrikpfeifen,

d) Typhone,

e) sonstige akustische Mittel

**9. Alarmgeräte**

a) handbediente Sirenen,

b) Ortsrufanlagen, die nicht an das öffentliche Stromnetz angeschlossen sind,

c) Fabrikpfeifen,

d) Typhone,

e) sonstige akustische Mittel

§ 5

Alarmgeräte sind bewegliche Alarmgeräte, wenn sie:

a) Dauer, Luftangriffen = Luftalarm;

b) Luftangriffen = Luftalarm;

c) Luftangriffen = Luftalarm;

d) Luftangriffen = Luftalarm;

e) Luftangriffen = Luftalarm;

Alarmgeräte sind bewegliche Alarmgeräte, wenn sie:



**Zu § 9**

(1) u. (2) Von den im Lande Hessen montierten Elektrosirenen sind etwa 20% als Leitsirenen eingerichtet und mit einem Handsteuergerät versehen.

In Gemeinden mit nur einer oder wenigen (2—4) Elektrosirenen ist jeweils eine als Leitsirene ausgebaut.

Die örtlichen Zivilschutzleiter können bei Ausfall des örtlichen Auslösegeräts (Fernlastgerät) die manuelle Auslösung der ortsfesten Alarmgeräte anordnen.

Für die Bedienung der Elektrosirenen sind die Sirenenwarte oder Gemeindebedienstete, ansonsten andere geeignete Personen, heranzuziehen und entsprechend zu unterweisen.

Die Verbindungen zwischen dem örtlichen Zivilschutzleiter und den Leitsirenenstellen sind den örtlichen Gegebenheiten entsprechend sicherzustellen.

(3) Überdeckt die örtlich-zentrale Auslösung über Tonfrequenz-Rundsteueranlage (TRA) die Zuständigkeitsbereiche mehrerer örtlicher Zivilschutzleiter, so ist für den Abschluß der vertraglichen Vereinbarung der gemeinsame Zivilschutzleiter (Landrat) zuständig.

**§ 10**

Der örtliche Zivilschutzleiter hat dem Warnamt jede selbständige Alarmierung innerhalb seines Ortsnetzbereiches unverzüglich mitzuteilen.

**Zu § 10**

Ohne diese Mitteilung fehlt dem Warnamt der Gesamtüberblick über die vom Warndienst nicht erkannten Angriffe, was zu falschen taktischen Schlüssen führen kann.

**B. Bewegliche Alarmgeräte****§ 11**

(1) Bewegliche Alarmgeräte sind vom örtlichen Zivilschutzleiter, in Orten mit Zivilschutzabschnitten von den Abschnittsleitern, einzusetzen, wenn die ortsfesten Alarmgeräte ganz oder teilweise ausgefallen sind. Für die Alarmauslösung gelten § 7 Abs. 2 und § 10 sinngemäß.

(2) Die Einzelheiten (Auswahl der Kraftfahrer, Bereitstellung der Fahrzeuge, Fahrwege usw.) sind von dem örtlichen Zivilschutzleiter in einer Dienstanweisung festzulegen.

**Zu § 11**

(1) Bewegliche Alarmgeräte (fahrbare Sirenen-Lautsprecher) wurden an folgende Städte gemäß § 9 des ZBG ausgeliefert:

Darmstadt  
Frankfurt/Main  
Hanau  
Offenbach/Main  
Wiesbaden

Kassel.

(2) Die von diesen Städten erstellten Dienstanweisungen sind erforderlichenfalls zu berichtigen und auf dem laufenden zu halten.

**C. Behelfsmäßige Alarmgeräte****§ 12**

(1) Wenn und solange ortsfeste Alarmgeräte ausgefallen oder noch nicht eingebaut sind und auch bewegliche Alarmgeräte nicht zur Verfügung stehen, sind behelfsmäßige Alarmgeräte einzusetzen.

(2) Die Auslösung der behelfsmäßigen Alarmgeräte ist vom örtlichen Zivilschutzleiter zu veranlassen, sobald das Warnamt über das Warnnetz das Stichwort „Luftalarm“ oder „ABC-Alarm“ oder „Zeitwarnung“ durchgegeben hat. § 7 Abs. 1 Buchst. b und § 10 gelten sinngemäß.

(3) Die Einzelheiten sind in einem Merkblatt festzulegen (Bedeutung der Alarmzeichen, Bereitstellung des Bedienungspersonals, Übermittlung des Auslösebefehls an das Bedienungspersonal usw.).

**Zu § 12**

(1) Der örtliche Zivilschutzleiter hat, soweit er nicht über bewegliche Alarmgeräte verfügt, behelfsmäßige Alarmgeräte bereitzuhalten, über die bei Ausfall der ortsfesten Alarmgeräte die Alarmierung der Bevölkerung sichergestellt werden kann.

**3. Abschnitt****Planung, Beschaffung und Einbau****I. Planung****§ 13**

Der Umfang und die Art der Ausstattung mit ortsfesten Alarmgeräten sind im wesentlichen von der flächenmäßigen Ausdehnung, der Geländestruktur und der Form der Bebauung der betreffenden Gemeinden abhängig. Daher bedarf es in jedem Einzelfall einer besonderen Planung. Hierbei sind die „Technischen Richtlinien für Planung und Einbau der festen Sirenenanlagen des örtlichen Alarmdienstes (TR Alarmdienst)“ zugrunde zu legen, die vom Bundesamt für zivilen Bevölkerungsschutz im Benehmen mit den zuständigen Landesbehörden herausgegeben werden.

**Zu § 13**

Die Planung der erforderlichen Elektrosirenenstellen ist Aufgabe der Gemeinde, die hierzu die für ihren Bereich zuständige Montage- und Wartungsfirma heranzuziehen hat (vgl. hierzu Nr. 7.1 TR-Alarmdienst und Anlage 6 zu der TR-Alarmdienst). Für die Planung auf Kreisebene ist der Landrat zuständig. Die Wartungsbereiche der Montage- und Wartungsfirmen sind in den ergänzenden Bestimmungen zu § 30 (4) festgelegt.

**§ 14**

Bei der Planung sollen die Deutsche Bundespost und diejenigen Behörden, Betriebe und sonstigen Stellen, deren Interessen berührt werden, rechtzeitig beteiligt werden. Das Warnamt ist in jedem Falle wegen des Anschlusses der ortsfesten Alarmgeräte an den bundeseigenen Warndienst zu beteiligen. Das Warnamt kann auch zur Beratung bei allen anderen Fragen des örtlichen Alarmdienstes herangezogen werden.

**Zu § 14**

Außer dem Warnamt sind an der Planung zu beteiligen:

- a) Das zuständige Elektrizitätsversorgungsunternehmen,
- b) das zuständige Fernmeldeamt der Deutschen Bundespost,
- c) Dienststellen der Bundeswehr, wenn deren Anlagen berührt werden,
- d) die Deutsche Bundesbahn, wenn Sirenen auf Grundstücken der Bundesbahn montiert werden sollen,
- e) bei der Planung von Hochleistungssirenen der Hessische Minister des Innern, der Regierungspräsident und der Landrat.

**§ 15**

Bisher für Feuer- und Katastrophenalarm verwendete und andere noch vorhandene Sirenenstellen können in die Planung mit einbezogen werden, wenn sie den technischen Bedingungen entsprechen und ihrer Lage nach geeignet sind.

**§ 16**

(1) Mit privaten Grundstückseigentümern, auf deren Grundstücken eine Elektrosirene angebracht werden soll, ist eine Vereinbarung nach dem Muster der Anlage 1 a abzuschließen. Soll eine Hochleistungssirene auf einem privaten Grundstück aufgestellt werden, ist eine Vereinbarung gemäß Anlage 1 b abzuschließen, die durch Eintragung einer beschränkten persönlichen Dienstbarkeit im Grundbuch zu sichern ist. Über Ausnahmen entscheidet das Bundesamt für zivilen Bevölkerungsschutz.

(2) Für die Führung einer Leitung zur Steuerung eines Alarmgerätes über das Grundstück eines Dritten ist mit dem Eigentümer dieses Grundstücks eine Vereinbarung nach dem Muster der Anlage 1 c abzuschließen.

(3) Werden Alarmgeräte auf öffentlichen Grundstücken angebracht, kann ein Gestattungsvertrag nach Muster der Anlage 3 abgeschlossen werden, soweit eine schriftliche Vereinbarung für erforderlich gehalten wird.



die dem Arbeiter oder der Instandsetzer zu verarbeitender Arbeitsgegenstände sowie dem durch ausländische Leistungen veranlaßten Kosten sind durch Zuschreibung zu den Kosten zu berücksichtigen.

Kosten für Arbeiten der Deutschen Bundespost zum An- und Abbau von Anlagen für die Fernsprechanlagen.

Die Kosten für die Einrichtung neuer Sirenenstellen und für die Kosten für die Einrichtung neuer Sirenenstellen und für die Kosten für die Einrichtung neuer Sirenenstellen.

a) die Kosten für die Einrichtung neuer Sirenenstellen und für die Kosten für die Einrichtung neuer Sirenenstellen.

Die Kosten für die Einrichtung neuer Sirenenstellen und für die Kosten für die Einrichtung neuer Sirenenstellen.

Die Kosten für die Einrichtung neuer Sirenenstellen und für die Kosten für die Einrichtung neuer Sirenenstellen.

Die Kosten für die Einrichtung neuer Sirenenstellen und für die Kosten für die Einrichtung neuer Sirenenstellen.

Die Kosten für die Einrichtung neuer Sirenenstellen und für die Kosten für die Einrichtung neuer Sirenenstellen.

Die Kosten für die Einrichtung neuer Sirenenstellen und für die Kosten für die Einrichtung neuer Sirenenstellen.

Die Kosten für die Einrichtung neuer Sirenenstellen und für die Kosten für die Einrichtung neuer Sirenenstellen.

## Zu § 22

(1) Aufträge zum Einbau der ortsfesten Alarmgeräte sind, sofern meine Zustimmung zu den Bauvorschlägen (Kostenangebote) vorliegt und die erforderlichen Haushaltsmittel vom Regierungspräsidenten zur Verfügung gestellt worden sind, zu festen Preisen zu erteilen.

(4) Die von der Beschaffungsstelle des Bundesministers des Innern zur Auslieferung kommenden Alarmgeräte sind im allgemeinen bereits von den Lieferfirmen als Bundeseigentum gekennzeichnet.

## § 23

(1) Bevor die Sirenenstandorte endgültig festgelegt werden, ist von den Gemeinden das zuständige Fernmeldeamt einzuschalten, sofern nicht die Sirenen über andere Leitungen als die der Deutschen Bundespost ausgelöst werden sollen. Von den Fernmeldeämtern ist Auskunft darüber einzuholen, welche Fernsprechanlüsse für die Mitbenutzung zur Steuerung der Sirenen an den vorgesehenen Standorten technisch geeignet sind. Die mitzubeneutzenden Anschlüsse für die einzelnen Sirenenstellen sind von der Gemeinde aus den von der Deutschen Bundespost benannten Anschlüssen auszuwählen.

(2) Mit Fernsprechteilnehmern, deren Anschlußleitung für die Auslösung der ortsfesten Alarmgeräte mitbenutzt werden soll, ist von der Gemeinde vor Erteilung des Auftrags der Sirenenmontage eine Vereinbarung nach dem Muster der Anlage 2 abzuschließen. Der Anschluß der Sirenen an den Warndienst ist unter Angabe des mitzubeneutzenden Fernsprechanchlusses bei der Deutschen Bundespost über das zuständige Warnamt zu beantragen.

(3) Sollte kein geeigneter Anschluß zur Verfügung stehen, so ist bei der Deutschen Bundespost die Überlassung eines Stromweges zu beantragen.

(4) Die Aufwendungen der Deutschen Bundespost werden entsprechend den Gebührenvorschriften der Verordnung über Privatfernmeldeanlagen vom 1. Dezember 1942 (ABl. des Reichspostministeriums 1943 S. 20), geändert durch die Verordnung PR Nr. 19/53 vom 24. Juni 1953 (BAnz Nr. 122 vom 30. Juni 1953), berechnet.

## Zu § 23

(1) Vergleiche hierzu auch die Durchführungsbestimmungen zu § 14 b)

(2) Die abgeschlossene Vereinbarung ist zu den Sirenenakten der Gemeinde zu nehmen. Eine Beifügung dieser Vereinbarung zu dem Anschlußantrag ist nicht mehr erforderlich.

Letzter Satz in Abs. (2) gilt auch für den Wiederaufbau ortsfester Alarmgeräte, die infolge baulicher Veränderungen oder aus sonstigen Gründen verlegt werden müssen.

(3) Sofern ortsfeste Alarmgeräte von der Deutschen Bundespost abgeschaltet werden müssen, weil die bisher verwendete Stromleitung ausgetauscht werden muß, ist die bisher verwendete Stromleitung zu erhalten und wird statt dessen die Anmietung von postfremden Stromwegen vorgeschlagen, so ist wie unter (2) zu verfahren. Bei besonders aufwendigen Stromwegen entscheidet das Warnamt darüber, ob dem Vorschlag der Deutschen Bundespost entsprochen werden kann.

## § 24

Der Abnahmebeauftragte fertigt über die Abnahme eine Niederschrift gem. TR-Alarmdienst und überläßt je eine Ausfertigung der Gemeinde, der Landesbehörde, dem Warnamt und der Montagefirma. Die Gemeinde hat das Warnamt außerdem über den Anschluß der ortsfesten Alarmgeräte an das Warnnetz unverzüglich zu verständigen.

## Zu § 24

Vergleiche Abschnitt C. der Anlage 8 TR-Alarmdienst.

Die bautechnische Abnahme der ortsfesten Alarmgeräte wird von den Sachverständigen der Stadt- und Kreisbaubehörden und die elektrotechnische Abnahme von den elektrotechnischen Sachverständigen der Technischen Überwachungsämter Darmstadt, Frankfurt/Main und Kassel durchgeführt.

## Die bautechnische Abnahme ist gebührenfrei

Im Einvernehmen mit dem Hess. Sozialminister wurden für die elektrotechnische Abnahme durch die Technischen Überwachungsämter folgende Gebühren festgelegt:

1. a) Abnahme von mindestens 20 Sirenenstellen in einem Sirenenort bei Entfernung zwischen Abnahmeort und Dienststelle des Sachverständigen bis zu 80 km . . . . . je Sirene DM 24,—
1. b) desgleichen bei größeren Entfernungen als 80 km . . . . . je Sirene DM 26,—
2. Abnahme von mindestens 20 Sirenenstellen in verschiedenen Orten eines Landkreises (unabhängig von der Entfernung) . . . . . je Sirene DM 32,—
3. Nochmalige Überprüfung einer Sirenenstelle nach Beseitigung von festgestellten Fehlern:
  - a) im Rahmen der laufenden Abnahme . . . . . DM 8,—
  - b) Wenn dafür eine besondere Anfahrt vom Dienstsitz aus erforderlich wird:
 

75% der Gebühren zu 1. und 2.
4. Zuschlag von Abnahmen von weniger als 20 Sirenen in einer Gemeinde, wenn dafür ein besonderer Abnahmeauftrag erteilt wird:
 

10% der Gebühren zu 1. a) oder 1. b)
5. Einmalige Gebühr für Vorbereitung der Abnahme, Ausarbeitung und Ausführung der Abnahmeniederschrift (4fach) für jeden Abnahmeauftrag:
  - a) bei 20 bis 80 Sirenen . . . . . DM 50,—
  - b) bei mehr als 80 Sirenen . . . . . DM 80,—
6. Falls vom Auftraggeber bei der Abnahme eine Überprüfung des tatsächlich verlegten Kabelmaterials (Aufmaß) und Vergleich mit den Angebotsunterlagen gewünscht wird, erhöhen sich die Sätze zu 1. und 2. um 10%, die Sätze zu 5. um 100%. Eine derartige Prüfung soll nur in besonderen Fällen, möglichst nur stichprobenartig, durchgeführt werden.

Vorstehende Gebühren umfassen alle Nebenkosten, die Aufwandsentschädigung, den Auswärtzuschlag und die Fahrtkosten.

Zur Beseitigung der bei der Abnahme festgestellten Mängel übernehmen die Technischen Überwachungsämter keine Mängelverfolgung. Der Sachverständige vermerkt in seinem Befund, ob er eine schriftliche Meldung über die Mängel, Beseitigung an die Gemeinde bzw. die Aufsichtsbehörde für ausreichend oder eine Nachprüfung durch das Technische Überwachungsamt für notwendig hält.

Die Sonderkosten nach Ziff. 3. b) sind von dem Auftraggeber der Montage-Firma zu berechnen, sobald bei mehr als 5% der abgenommenen Sirenenstellen eine Nachprüfung nach Ziff. 3. b) erforderlich wird.

Die Montage-Firma hat die Abnahme so vorzubereiten, daß die Abnahme ohne Schwierigkeiten durchgeführt werden kann. Die Kosten für die Abnahme und Druckkesselprüfungen der Hochleistungs-Sirenen werden nach den allgemeinen Gebührensätzen der Technischen Überwachungsämter berechnet.

Die Kosten für die elektrotechnische Abnahme und Druckkesselprüfungen der Hochleistungs-Sirenen werden nach den allgemeinen Gebührensätzen der Technischen Überwachungsämter berechnet.

Die Fertigstellung des Anschlusses der ortsfesten Alarmgeräte an das Warnnetz durch die Deutsche Bundespost ist dem Warnamt, unter Angabe des Sirenenstandortes, der Fernsprechnummer des Hauptanschlusses über den die Sirene gesteuert wird bzw. angemieteten Leitung, umgehend schriftlich mitzuteilen.

Um einen laufenden Überblick über die von der Deutschen Bundespost an das Warnnetz angeschlossenen ortsfesten Alarmgeräte zu erhalten, ist den Regierungspräsidenten von den kreisfreien Städten und Landkreisen bis auf weiteres zum 10. 4. und 10. 10. jeden Jahres nach dem Stand vom 31. 3. und 30. 9. eine Übersicht entsprechend dem Muster meiner Anlage 2 zu übersenden.

Die Regierungspräsidenten übersenden mir zum 20. 4. und 20. 10. jeden Jahres eine Zusammenstellung von diesen Übersichten in 2facher Ausfertigung.





## Großraumwartungsgebiet III

Firma Dipl.-Ing Hörmann  
8000 München

Landkreis: Hofgeismar,  
Wolfhagen,  
Waldeck

ZS-Gebiet: Kassel,

*Landkreis: Kassel,  
Witzenhausen,  
Eschwege,  
Melsungen,  
Fritzlar-Homburg,  
Frankenberg,  
Rotenburg/Fulda.*

Eine Änderung vorstehender Wartungsgebiete behalte ich mir vor. Das Wartungsentgelt ist in den 3 Großraumwartungsgebieten einheitlich. Änderungen der Wartungsentgelte wurden durch Erlaß geregelt.

Wartungs- bzw. Übergangswartungsverträge sind nur mit der für das Gebiet zuständigen Wartungsfirma zu dem von hier festgesetzten Wartungsentgelt abzuschließen. Einzelwartungsverträge von kreisangehörigen Städten und Gemeinden, in denen seinerzeit die Montage der Elektrosirenen gesondert durchgeführt wurde, sind nach Ablauf der abgeschlossenen Wartungsverträge in den Wartungsvertrag des Landkreises

Die Ausführung der Wartungsarbeiten wird von Zeit zu Zeit durch Störungen der Stromleitung unterbrochen.

zu befürchtenden Störungen  
nicht vorzusehen.

Die ärztliche Untersuchung  
des "Alarmdienstes" (mehr  
24 e. 08. 17) sind vor-  
wärt darf jedoch keine  
haben, die ihn an der  
dern.

# literlaqen

erlagen gelten grundsätz-  
lich die Bestimmungen des Dienst-  
schulgesetzes" (meine Be-  
merkung: 12, 01 und 29 ff.  
der Streifenkartei) ist in  
§. 11, 16, 17 und 18 aus-  
drücklich in Personalbogen  
entwerflich. Dienstbuch und  
-kartei nicht anzulegen.

von ihm Beauftragter  
gemäß der Zusam-  
gemeine Betreuung von  
ihren Anlagen einzu-

gemäß Ziffer 6 gezahlt,  
weisung damit abgegol-

*Urwandsentschä...*

aus diesen Richtlinien  
lungssirenen eine mo-  
öhe von 10, ... 12 M ge-

jährlich nachträglich zu  
vom 15. 12. 1959 (BGBl.  
I Nr. 10) vom 20. 10. 1964

**Bildungsinhalte**

*Sirenenanlage wohnen. Ihre Rechtsverhältnisse richten sich nach den Bestimmungen der §§ 13—20 ZBG. Warte für Hochleistungssirenen sollten technisches Verständnis haben.*

Helfer, die bereits Hilfsorganisationen des Katastrophenschutzes angehören, können als Sirenenwarte eingesetzt werden, soweit sich diese Tätigkeit mit ihren anderen Aufgaben vereinbaren läßt.

Die Aufgaben der Sirenenwarte sind im einzelnen festgelegt.

a) in der „Zusammenstellung der Aufgaben der Sirenenwarte für die allgemeine Betreuung von Elektrosirenanlagen“ (meine Anlage 4)

b) in der „Zusammenstellung der Aufgaben der Sirenenwarte für die allgemeine Betreuung von Hochleistungssirenenanlagen“ (meine Anlage 5).

## 2. Verpflichtung, Heranziehung und Ausschluss

Für die Verpflichtung, die Heranziehung und den Ausschluß der Sirenenwarte gelten die „Grundsätze für die Verpflichtung und Heranziehung der Helfer zum Luftschutzhilfsdienst“ (mein Erlaß vom 7. 1. 1960 — III g — 24 d — 02 Tgb. Nr. 3/60).

Die Niederschrift über die Verpflichtung zur Mitarbeit im Alarmdienst ist dahingehend zu ergänzen, daß der Helfer sich verpflichtet, die in der Zusammenstellung der Aufgaben für die allgemeine Betreuung von Elektro- und Hochleistungsanlagen und Anlagen zur Erzeugung elektrischer Energie

unabhängigen Kräfte als Sicherungsparte im Rahmen ihrer  
Verpflichtungen zu berücksichtigen.

Nur einen extraktierten oder in zwei

Für einen erkrankten oder in Urlaub ist im Frieden eine Vertretung

### 3. Ärztliche Untersuchungen

Die „Allgemeinen Richtlinien für  
der Helfer des LSHD und des örtlichen  
Erlaß vom 7. 12. 1966. VIII 42.  
erst nicht anzuwenden. Der Sirene  
körperlichen oder geistigen Gebrech  
Wahrnehmung seiner Aufgaben hin

4. Running over Personal

Für die Erstellung der Personalur-  
liche die „Vorläufigen Richtlinien“ für  
verordnungsgebende Behörden im Verzeich-  
nis vom 21.8.1968, 101/68, 7/7,  
100/68, 100/68, 100/68, 100/68, 100/68,  
Personalurliche 101/68, die Ziffern 1  
zufüllen. Die Beantwortung der über-  
ausgeführten Ziffern ist nicht erforder-  
lich. Personalkarteikarte sind für Personen

### 5. Unterweisung

Der örtliche Zivilschutzleiter oder ein  
haben den Sirenenwart in seine Tätig-  
menstellung der Aufgaben für die all-  
Elektrosirenen- bzw. Hochleistungs-  
weisen (Anlagen I und 2).

Wird eine Aufwandsentschädigung gegeben, so ist die Entschädigung für die Unter-  
ten.

f.  $\begin{matrix} R & S & T & U & V & W & X & Y & Z \\ \downarrow & \downarrow & \downarrow & \downarrow & \downarrow & \downarrow & \downarrow & \downarrow & \downarrow \\ Q & i & o & u & n & g & e & r \end{matrix}$

für die Wahrnehmung der Pflichten  
wird den Sirenenwartern von Hochle-  
natliche Aufwandsentschädigung in B-  
währt.

Die Aufwandsentschädigung ist halbzahlen. Ansprüche aus der Verordnung (S. 722) i. d. F. der Änderungsverordnung.

1992-1993: *Journal of the American Academy of Child and Adolescent Psychiatry*, 31: 100-106.

Die Richtlinien können rückwirkend ab 1. Januar 1970 angewendet werden. In einer Kladde einfacher Art sind die nach den Anlagen 4 und 5 zu fertigenden Vermerke (mit den Spalten a) Datum, b) Wartung/Mängel und c) getroffene Maßnahmen einzutragen.

Die Eintragungen sind von dem örtlichen Zivilschutzleiter jährlich einmal zu überprüfen.

Die Unterweisung von Sirenenwarten für Hochleistungssirenen wird, soweit dies noch nicht erfolgt ist, kostenlos durch das Personal der Wartungsfirma durchgeführt.

Die nach Nr. 6 der Richtlinien vorgesehenen Entschädigungen und Ersatzleistungen können nicht an gemeindeeigene Kräfte, die nach Nr. 1 in Ausübung ihres Dienstes tätig werden, gezahlt werden.

Aufwandsentschädigungen für Sirenenwarte der Elektrosirenen werden nicht gewährt.

**§ 35**  
Die beweglichen Alarmgeräte sollen monatlich durch Auslösung der Signale geprüft werden.

Alle Schäden an beweglichen Alarmgeräten sind, soweit sie nicht von Lieferfirmen im Rahmen von Garantie- und Gewährleistungspflichten zu beheben sind, dem Bundesamt für zivilen Bevölkerungsschutz zu melden.

Die Betriebe sind die öffentlichen, soweit für 10 me. in Betrieb zu setzen.

Überprüfung Tag und Stunde  
bekanntzugeben. Der  
Alarmdienst hat die  
Alarmierung der Bevölkerung  
über den Alarmdienst  
über den Alarmdienst  
über den Alarmdienst

DM überstei-  
nung auf dem

Bevölkerung  
der Überprü-  
fungen des

in der Regel  
oben, Zeit und  
Signale wer-  
schützt jeweils  
einer kann zur  
res Signal fol-

gen auf örtl-  
liche Zivil-  
schutzbehörde und  
zu benachrich-

Sirenen monat-  
lich zu prüfen  
sind, die auch

## Zu § 35

(1) Die Termine der Probetriebe und die Folge der überörtlichen Auslösung der Signale werden mit meinem Einvernehmen durch das Warnamt mit Rundschreiben rechtzeitig bekanntgegeben.

In den zu diesem Rundschreiben gehörigen Formblättern sind die während des Probetriebes nicht angelauteten ortsfesten Alarmgeräte zu erfassen. Die ausgefüllten Formblätter sind dem Warnamt fristgemäß zu übersenden.

(2) Zusätzliche Erprobungen können nur mit meiner Zustimmung durchgeführt werden. Der Termin der Erprobung wird im Einvernehmen mit dem Warnamt und, soweit erforderlich, mit der Deutschen Bundespost von mir festgelegt.

(3) Die kurzzeitige Einschaltung der Sirene darf nicht mittels örtlichem Auslösegerät (Fernlastgerät), sondern muß durch Betätigung (etwa 2—3 Sekunden) des Druckknopfes im Schaltkasten der Sirene vorgenommen werden.

Die beweglichen Alarmgeräte sollen monatlich durch Auslösung der Signale geprüft werden.

## Zu § 36

Measures, die bei der Auslösung der Sirene zu beachten sind, wenn die feuerbaren Alarmgeräte bei der Auslösung der Sirene zu beachten sind.

Demgegenüber ist zur Erhaltung der Sirene zu beachten, ohne Einschaltung der Sirene zu vermeiden.

(1) Die Gemeinden haben der Bevölkerung rechtzeitig öffentlich bekanntzugeben, daß die Sirenenproben durchgeführt werden. Die Sirenenproben sind von den Werkstätten der Feuerwehren, den ortsfesten oder den Zentralwerkstätten des Bundesamtes für zivilen Bevölkerungsschutz zu übernehmen. Ist vor der Veranlassung des Alarmdienstes an eine Privatfirma ein Auftrag zu erteilen.

Kostenvoranschläge, die den Betrag von 300 DM übersteigen, sind mit zur Überprüfung und Zustimmung der Dienststelle vorzulegen.

**§ 37**  
In Fällen, in denen die Sirenenproben durchgeführt werden, sind die Sirenenproben zu vermeiden.

**§ 38**  
Die Sirenenproben sind von den Werkstätten der Feuerwehren, den ortsfesten oder den Zentralwerkstätten des Bundesamtes für zivilen Bevölkerungsschutz zu übernehmen.

Über die Bedeutung der Sirenensignale sowie über die Planung und der technischen Einrichtung des Alarmdienstes.

(1) Die ortsfesten Alarmgeräte sind im Frieden halbjährlich im gesamten Bundesgebiet zu erproben. Die Folge der von den Warnämtern auszulassenden Signale wird dem Bundesamt für zivilen Bevölkerungsschutz einheitlich festgelegt. Der örtliche Zivilschutzleiter ist zur Erprobung seiner Auslöseeinrichtung ein Verzeichnis zu erstellen.

(2) Darüber hinaus sind zusätzliche Erprobungen der Sirenen möglich. Hierüber entscheidet der Zivilschutzleiter im Einvernehmen mit der Landesregierung und der Deutschen Bundespost; das Warnamt ist zu informieren.

Die Sirenenproben sind von den Werkstätten der Feuerwehren, den ortsfesten oder den Zentralwerkstätten des Bundesamtes für zivilen Bevölkerungsschutz zu übernehmen.

Die Sirenenproben sind von den Werkstätten der Feuerwehren, den ortsfesten oder den Zentralwerkstätten des Bundesamtes für zivilen Bevölkerungsschutz zu übernehmen.



Für den Aufopferungsanspruch ist Anspruchsgegner der Verwaltungsträger, hier also ebenfalls die Gemeinde, da sie nach § 8 ZBG verpflichtet ist, „die für die öffentliche Alarmierung erforderlichen Einrichtungen zu betreiben“. Es würde sich dabei aber um Kosten des örtlichen Alarmdiensates im Sinne des § 32 ZBG handeln, die vom Bund zu erstatten sind.

Der Aufopferungsanspruch (öffentlich-rechtliche Gefährdungshaftung) setzt einen Kausalzusammenhang zwischen der Auslösung der Sirene und dem Schaden voraus, der nach der höchstrichterlichen Rechtsprechung *adäquat* sein muß; d. h. nur ein solcher Schaden kann dem Verursacher, hier letzten Endes dem für die Sirenenproben verantwortlichen Bund, zugerechnet werden, mit dem nach der allgemeinen Lebenserfahrung ein Zusammenhang besteht.

Der Aufopferungsanspruch setzt voraus, daß der Schaden ein *adäquat* sein muß; d. h. nur ein solcher Schaden kann dem Verursacher, hier letzten Endes dem für die Sirenenproben verantwortlichen Bund, zugerechnet werden, mit dem nach der allgemeinen Lebenserfahrung ein Zusammenhang besteht.

Damit ein einheitlicher Rechtsstandpunkt vertreten wird und evtl. unnötige Rechtsstreitigkeiten vermieden werden, bitte ich zu veranlassen, daß die Gemeinden mir bis auf weiteres jeden Schadensfall mit eigener Stellungnahme auf dem Dienstwege vorlegen.“

## § 38

Im Verteidigungsfall und bei einem öffentlichen Notstand hat ein Probebetrieb von Alarmgeräten zu unterbleiben.

Zu § 38

Dies gilt auch für die Alarmierung der Feuerwehren zu Übungen mit den Alarmgeräten des örtlichen Alarmdiensates.

## IV. Aussondern und Veräußern

## § 39

Alarmgeräte, die ihrer Zweckbestimmung nicht mehr entsprechen, sind auszusondern und zu veräußern oder anderweitig zu verwerten. Dabei sind die Bestimmungen der A.F.V. Ausrüstung - I.S.M.D. - sinngemäß anzuwenden.

## V. Gewährleistungsbestimmungen

## § 40

Jeder Mangel an Alarmgeräten, der sich während der Garantiezeit einstellt, ist unverzüglich dem Herstellerwerk gegenüber geltend zu machen. Eine Abschrift des Mängelberichtes ist der Landesbehörde und dem Bundesamt für zivilen Bevölkerungsschutz zu übersenden.

## § 41

(1) Soweit für die Alarmgeräte eine besondere Garantiezeit nicht gewährt wurde, sind Mängel, die den Gewährleistungs-

anspruch auslösen, rechtzeitig vor Ablauf der gesetzlichen Gewährleistungspflicht von sechs Monaten der Lieferfirma gegenüber geltend zu machen. Der Mängelbericht ist dem Bundesamt für zivilen Bevölkerungsschutz mit einer Abschrift zuzuleiten.

(2) Werden die Gewährleistungsansprüche von den Firmen nicht sofort anerkannt, ist unverzüglich das Bundesamt für zivilen Bevölkerungsschutz unmittelbar zu verständigen.

## Zu § 41

(1) Die Haftung für Sachmängel an Alarmgeräten richtet sich nach dem § 459 ff. BGB. Bei Montagearbeiten nach Nr. 6.4 der Vorschriften für Einbau und Abnahme fester L.S.-Sirenenanlagen (Anlage 8 zu den VVr-Alarmdiensat).

## VI. Verluste und sonstige Schäden

## § 42

Verluste an Alarmgeräten oder Schäden durch Brand, Diebstahl oder unsachgemäße Behandlung sind der Landesbehörde sofort mitzuteilen. Der Mitteilung ist ein Verzeichnis der verlorengegangenen und beschädigten Gegenstände beizufügen. Die Mitteilung muß außerdem enthalten:

- a) die feststehende oder mutmaßliche Ursache des Verlustes oder des Schadens;
- b) bei in Verlust geratenen oder durch Beschädigung unbrauchbar gewordenen Gegenständen den Zeitwert der Gegenstände;
- c) sämtliche zur Wiedererlangung getroffenen Maßnahmen;
- d) die Angabe, ob Personen für den Verlust oder Schaden haftbar zu machen sind und gegebenenfalls in welcher Höhe.

## § 43

Bei Diebstahl, vorsätzlichem Sachschaden oder Beschädigung ist unverzüglich bei der zuständigen Strafverfolgungsbehörde Anzeige zu erstatten.

## Zu § 43

Der Schriftwechsel mit der Strafverfolgungsbehörde ist mitzuteilen.

## § 44

Bei Verlust ist außer der Mitteilung nach § 42 bei der Landesbehörde ein Antrag auf Genehmigung zum Absetzen der Alarmgeräte im Bestandsnachweis zu stellen. Dieser Antrag gilt für die Zwischenzeit als Beleg für die nach dem Bestandsnachweis fehlenden Alarmgeräte.

## § 45

Verluste an Alarmgeräten, für die der Ersatz nicht durch die Gemeinde beschafft wird, sind von der Landesbehörde unverzüglich dem Bundesamt für zivilen Bevölkerungsschutz mitzuteilen.

## VII. Kostentragung, Mittelbewirtschaftung und Rechnungslegung

## § 46

Die Kosten für die Wartung und allgemeine Instandhaltung in besonderen Fällen trägt der Bund. Dazu zählen auch die Kosten für die Beschaffung notwendiger Ersatzteile bei der Planung sowie bei der Überprüfung und Instandsetzung vorhandener Alarmgeräte, falls fachkundiges Personal den Gemeinden nicht zur Verfügung steht, sowie die Abfindung von privaten Grundstückseigentümern. Maßnahmen fließen dem Bund zu.

## § 47

Bei Erweiterungen von Ortsrufanlagen, die im örtlichen Alarmdiensat mitverwendet werden, gewährt der Bund einen Zuschuß bis zur Höhe der sonst für den Sirenenaufbau entstehenden Kosten, wenn durch die Erweiterung der Aufbau von Sirenenanlagen entfällt.

## § 48

(1) Zu den Unterhaltungskosten jedes ortsfesten und beweglichen Alarmgerätes, die der Bund trägt, gehören:

- a) die Kosten für die Wartung, die Instandhaltung, Reparatur und für Umbauarbeiten an den vorgenannten Alarmgeräten,
- b) die Kosten für elektrische Energie bzw. Kraftstoff und für die Beschaffung von kleineren Ersatz- und Reserveteilen (z. B. Sicherungspatronen, Signallampen usw.).

c) die an die Deutsche Bundespost zu zahlenden Gebühren für Sirenen, die in besonderen Fällen notwendig sind, oder die Kosten für Tonfrequenz-Rundstellen.

(2) Für die Kosten zu Buchstabe b) erhalten die (Gemeindeverbände) eine Pauschale, die das Bundesamt für zivilen Bevölkerungsschutz festsetzt.

## Zu § 48

(1) b) u. (2) Die Höhe der vom Bund an die Gemeinden zu zahlenden Pauschale ist zu dem 1. Januar 1970 jährlich zu zahlenden Pauschale festgelegt:

1. Je montierte Elektrosirene des örtlichen Alarmdiensates 8,- DM;

2. Je fahrbaren Sirenen-Lautsprecher wie bisher 10,- DM;

3. für Hochleistungssirenen kann eine Pauschale wegen des unterschiedlichen Energieverbrauchs nicht festgelegt werden. Die Kosten sind nach Aufwand abzurechnen und bei Kap. 36 04, Tit. 5 32 21, Untertitel 1, zu buchen;

4. für an das Warnnetz angeschlossene Ortsrufanlagen ist eine Pauschale nicht vorgesehen.

## § 49

Wenn im Einzelfall über die Kostentragungspflicht des Bundes oder über die angemessene Höhe von Kosten und Ent-

gelten Streitigkeiten zwischen dem Bund und den Gemeinden, so ist der Streit durch Verhandlung, durch Vermittlung oder durch Schlichtung zu lösen. Wenn diese Mittel versagen, so ist der Streit durch das Bundesverwaltungsgericht zu entscheiden.

## § 50

Für das im örtlichen Alarmdienst verwendete Bundesvermögen gelten die Vorschriften über die Selbst-Nicht-Versicherung.

Die Bundesverwaltung ist verpflichtet, die Kosten der Bundesverwaltung für die Kosten der Bundesverwaltung zu übernehmen.

## § 51

(1) Ausgaben für die vom Bund zu tragenden Kosten sind für Rechnung des Bundes zu leisten und unmittelbar im Bundeshaushaltsplan zu buchen. Das gilt auch für die damit zusammenhängenden, an den Bund abzuführenden Einnahmen.

(2) Bei der Bewirtschaftung der Bundesmittel sind die für die Ausführung des Bundeshaushaltsplans maßgebenden haushaltsrechtlichen Vorschriften des Bundes anzuwenden. Die Zuweisung von Haushalts- und Betriebsmitteln sowie die zentralisierte Verwaltung der Bundesmittel sind nach den Vorschriften der Bundeshaushaltsordnung zu erfolgen.

(3) Für die auf Rechnung des Bundes zu leistenden Ausgaben und die damit zusammenhängenden Einnahmen ist die Anwendung der für die zuständige Behörde geltenden landesrechtlichen Vorschriften über die Kassen- und Buchführung zugelassen. Wird hiervon kein Gebrauch gemacht, sind die Vorschriften der Reichskassenordnung, die Rechnungslegungsordnung für das Reich und die Buchführungs- und Rechnungslegungsordnung für das Vermögen des Bundes anzuwenden.

(Name, Vorname, Nachname)

der Gemeinde Stadt

ausländischer Behörde im Sinne der §§ 2 und 3 des Bundes

der Alarmanlagen

§ 52

Die Alarmanlagen können im Frieden ganz oder teilweise für Zwecke der Feuerwehr und Katastrophendienstes genutzt werden. Das gilt für die Alarmanlagen, soweit dies ohne Beeinträchtigung der Katastrophendienstes und der an sie herangeführten Leitungen möglich ist. Die Alarmanlagen dürfen nicht für andere Zwecke als die oben genannten verwendet werden.

Die Sirenen des örtlichen Alarmdienstes können zusätzliche technische Einrichtungen für Katastrophendienstes erhalten.

Die Alarmanlagen sind so zu betreiben, dass sie bei einem Ausfall der Stromversorgung nicht ausfallen. Bei Ausfall der Stromversorgung sind die Alarmanlagen so zu betreiben, dass sie bei einem Ausfall der Stromversorgung nicht ausfallen.

Die Alarmanlagen sind so zu betreiben, dass sie bei einem Ausfall der Stromversorgung nicht ausfallen. Bei Ausfall der Stromversorgung sind die Alarmanlagen so zu betreiben, dass sie bei einem Ausfall der Stromversorgung nicht ausfallen.

Die Alarmanlagen sind so zu betreiben, dass sie bei einem Ausfall der Stromversorgung nicht ausfallen.

Die Alarmanlagen sind so zu betreiben, dass sie bei einem Ausfall der Stromversorgung nicht ausfallen.

Die Alarmanlagen sind so zu betreiben, dass sie bei einem Ausfall der Stromversorgung nicht ausfallen.

Die Alarmanlagen sind so zu betreiben, dass sie bei einem Ausfall der Stromversorgung nicht ausfallen.

Die Alarmanlagen sind so zu betreiben, dass sie bei einem Ausfall der Stromversorgung nicht ausfallen.

Die Alarmanlagen sind so zu betreiben, dass sie bei einem Ausfall der Stromversorgung nicht ausfallen.

Die Alarmanlagen sind so zu betreiben, dass sie bei einem Ausfall der Stromversorgung nicht ausfallen.

Die Alarmanlagen sind so zu betreiben, dass sie bei einem Ausfall der Stromversorgung nicht ausfallen.

Die Alarmanlagen sind so zu betreiben, dass sie bei einem Ausfall der Stromversorgung nicht ausfallen.

Die Alarmanlagen sind so zu betreiben, dass sie bei einem Ausfall der Stromversorgung nicht ausfallen.

Die Alarmanlagen sind so zu betreiben, dass sie bei einem Ausfall der Stromversorgung nicht ausfallen.

Die Alarmanlagen sind so zu betreiben, dass sie bei einem Ausfall der Stromversorgung nicht ausfallen.

Die Alarmanlagen sind so zu betreiben, dass sie bei einem Ausfall der Stromversorgung nicht ausfallen.

## § 53

Für die friedensmäßige Benutzung der ortsfesten und beweglichen Alarmanlagen sind folgende Signale festgesetzt:

a) 3 × Dauerton von je 12 Sekunden mit je 12 Sekunden Pause, Bedeutung: Feueralarm;

b) 3 × Dauerton von je 12 Sekunden mit je 12 Sekunden Pause und 1 × Dauerton von 1 Minute, Bedeutung: Katastrophenalarm;

c) 1 × Dauerton von je 12 Sekunden mit je 12 Sekunden Pause, Bedeutung: Zeit- und Pausenzeichen.

## § 54

Im Spannungsfall (Artikel 80 a des Grundgesetzes) und im Verteidigungsfall (Artikel 115 a des Grundgesetzes) ist die Benutzung der Alarmanlagen durch die Alarmanlagen, die von der Bundesregierung zur Verfügung gestellt sind, zulässig.

Die Alarmanlagen, die von der Bundesregierung zur Verfügung gestellt sind, sind so zu betreiben, dass sie bei einem Ausfall der Stromversorgung nicht ausfallen.

Die Alarmanlagen, die von der Bundesregierung zur Verfügung gestellt sind, sind so zu betreiben, dass sie bei einem Ausfall der Stromversorgung nicht ausfallen.

Die Alarmanlagen, die von der Bundesregierung zur Verfügung gestellt sind, sind so zu betreiben, dass sie bei einem Ausfall der Stromversorgung nicht ausfallen.

Die Alarmanlagen, die von der Bundesregierung zur Verfügung gestellt sind, sind so zu betreiben, dass sie bei einem Ausfall der Stromversorgung nicht ausfallen.

Die Alarmanlagen, die von der Bundesregierung zur Verfügung gestellt sind, sind so zu betreiben, dass sie bei einem Ausfall der Stromversorgung nicht ausfallen.

Die Alarmanlagen, die von der Bundesregierung zur Verfügung gestellt sind, sind so zu betreiben, dass sie bei einem Ausfall der Stromversorgung nicht ausfallen.

Die Alarmanlagen, die von der Bundesregierung zur Verfügung gestellt sind, sind so zu betreiben, dass sie bei einem Ausfall der Stromversorgung nicht ausfallen.

Die Alarmanlagen, die von der Bundesregierung zur Verfügung gestellt sind, sind so zu betreiben, dass sie bei einem Ausfall der Stromversorgung nicht ausfallen.

Die Alarmanlagen, die von der Bundesregierung zur Verfügung gestellt sind, sind so zu betreiben, dass sie bei einem Ausfall der Stromversorgung nicht ausfallen.

Die Alarmanlagen, die von der Bundesregierung zur Verfügung gestellt sind, sind so zu betreiben, dass sie bei einem Ausfall der Stromversorgung nicht ausfallen.

Die Alarmanlagen, die von der Bundesregierung zur Verfügung gestellt sind, sind so zu betreiben, dass sie bei einem Ausfall der Stromversorgung nicht ausfallen.

Die Alarmanlagen, die von der Bundesregierung zur Verfügung gestellt sind, sind so zu betreiben, dass sie bei einem Ausfall der Stromversorgung nicht ausfallen.

Die Alarmanlagen, die von der Bundesregierung zur Verfügung gestellt sind, sind so zu betreiben, dass sie bei einem Ausfall der Stromversorgung nicht ausfallen.

Die Alarmanlagen, die von der Bundesregierung zur Verfügung gestellt sind, sind so zu betreiben, dass sie bei einem Ausfall der Stromversorgung nicht ausfallen.

Die Alarmanlagen, die von der Bundesregierung zur Verfügung gestellt sind, sind so zu betreiben, dass sie bei einem Ausfall der Stromversorgung nicht ausfallen.

Die Alarmanlagen, die von der Bundesregierung zur Verfügung gestellt sind, sind so zu betreiben, dass sie bei einem Ausfall der Stromversorgung nicht ausfallen.

Die Alarmanlagen, die von der Bundesregierung zur Verfügung gestellt sind, sind so zu betreiben, dass sie bei einem Ausfall der Stromversorgung nicht ausfallen.

Die Alarmanlagen, die von der Bundesregierung zur Verfügung gestellt sind, sind so zu betreiben, dass sie bei einem Ausfall der Stromversorgung nicht ausfallen.

Die Alarmanlagen, die von der Bundesregierung zur Verfügung gestellt sind, sind so zu betreiben, dass sie bei einem Ausfall der Stromversorgung nicht ausfallen.

Die Alarmanlagen, die von der Bundesregierung zur Verfügung gestellt sind, sind so zu betreiben, dass sie bei einem Ausfall der Stromversorgung nicht ausfallen.

Die Alarmanlagen, die von der Bundesregierung zur Verfügung gestellt sind, sind so zu betreiben, dass sie bei einem Ausfall der Stromversorgung nicht ausfallen.

Die Alarmanlagen, die von der Bundesregierung zur Verfügung gestellt sind, sind so zu betreiben, dass sie bei einem Ausfall der Stromversorgung nicht ausfallen.

Die Alarmanlagen, die von der Bundesregierung zur Verfügung gestellt sind, sind so zu betreiben, dass sie bei einem Ausfall der Stromversorgung nicht ausfallen.

Die Alarmanlagen, die von der Bundesregierung zur Verfügung gestellt sind, sind so zu betreiben, dass sie bei einem Ausfall der Stromversorgung nicht ausfallen.

Die Alarmanlagen, die von der Bundesregierung zur Verfügung gestellt sind, sind so zu betreiben, dass sie bei einem Ausfall der Stromversorgung nicht ausfallen.

Die Alarmanlagen, die von der Bundesregierung zur Verfügung gestellt sind, sind so zu betreiben, dass sie bei einem Ausfall der Stromversorgung nicht ausfallen.

Die Alarmanlagen, die von der Bundesregierung zur Verfügung gestellt sind, sind so zu betreiben, dass sie bei einem Ausfall der Stromversorgung nicht ausfallen.

Die Alarmanlagen, die von der Bundesregierung zur Verfügung gestellt sind, sind so zu betreiben, dass sie bei einem Ausfall der Stromversorgung nicht ausfallen.

Die Alarmanlagen, die von der Bundesregierung zur Verfügung gestellt sind, sind so zu betreiben, dass sie bei einem Ausfall der Stromversorgung nicht ausfallen.

Die Alarmanlagen, die von der Bundesregierung zur Verfügung gestellt sind, sind so zu betreiben, dass sie bei einem Ausfall der Stromversorgung nicht ausfallen.

Die Alarmanlagen, die von der Bundesregierung zur Verfügung gestellt sind, sind so zu betreiben, dass sie bei einem Ausfall der Stromversorgung nicht ausfallen.

Die Alarmanlagen, die von der Bundesregierung zur Verfügung gestellt sind, sind so zu betreiben, dass sie bei einem Ausfall der Stromversorgung nicht ausfallen.

Die Alarmanlagen, die von der Bundesregierung zur Verfügung gestellt sind, sind so zu betreiben, dass sie bei einem Ausfall der Stromversorgung nicht ausfallen.

Die Alarmanlagen, die von der Bundesregierung zur Verfügung gestellt sind, sind so zu betreiben, dass sie bei einem Ausfall der Stromversorgung nicht ausfallen.

Die Alarmanlagen, die von der Bundesregierung zur Verfügung gestellt sind, sind so zu betreiben, dass sie bei einem Ausfall der Stromversorgung nicht ausfallen.

Die Alarmanlagen, die von der Bundesregierung zur Verfügung gestellt sind, sind so zu betreiben, dass sie bei einem Ausfall der Stromversorgung nicht ausfallen.

Die Alarmanlagen, die von der Bundesregierung zur Verfügung gestellt sind, sind so zu betreiben, dass sie bei einem Ausfall der Stromversorgung nicht ausfallen.

Die Alarmanlagen, die von der Bundesregierung zur Verfügung gestellt sind, sind so zu betreiben, dass sie bei einem Ausfall der Stromversorgung nicht ausfallen.

Die Alarmanlagen, die von der Bundesregierung zur Verfügung gestellt sind, sind so zu betreiben, dass sie bei einem Ausfall der Stromversorgung nicht ausfallen.

Die Alarmanlagen, die von der Bundesregierung zur Verfügung gestellt sind, sind so zu betreiben, dass sie bei einem Ausfall der Stromversorgung nicht ausfallen.

Die Alarmanlagen, die von der Bundesregierung zur Verfügung gestellt sind, sind so zu betreiben, dass sie bei einem Ausfall der Stromversorgung nicht ausfallen.

Die Alarmanlagen, die von der Bundesregierung zur Verfügung gestellt sind, sind so zu betreiben, dass sie bei einem Ausfall der Stromversorgung nicht ausfallen.

Die Alarmanlagen, die von der Bundesregierung zur Verfügung gestellt sind, sind so zu betreiben, dass sie bei einem Ausfall der Stromversorgung nicht ausfallen.

Die Alarmanlagen, die von der Bundesregierung zur Verfügung gestellt sind, sind so zu betreiben, dass sie bei einem Ausfall der Stromversorgung nicht ausfallen.

Die Alarmanlagen, die von der Bundesregierung zur Verfügung gestellt sind, sind so zu betreiben, dass sie bei einem Ausfall der Stromversorgung nicht ausfallen.

Die Alarmanlagen, die von der Bundesregierung zur Verfügung gestellt sind, sind so zu betreiben, dass sie bei einem Ausfall der Stromversorgung nicht ausfallen.

Die Alarmanlagen, die von der Bundesregierung zur Verfügung gestellt sind, sind so zu betreiben, dass sie bei einem Ausfall der Stromversorgung nicht ausfallen.

Die Alarmanlagen, die von der Bundesregierung zur Verfügung gestellt sind, sind so zu betreiben, dass sie bei einem Ausfall der Stromversorgung nicht ausfallen.

Die Alarmanlagen, die von der Bundesregierung zur Verfügung gestellt sind, sind so zu betreiben, dass sie bei einem Ausfall der Stromversorgung nicht ausfallen.

Die Alarmanlagen, die von der Bundesregierung zur Verfügung gestellt sind, sind so zu betreiben, dass sie bei einem Ausfall der Stromversorgung nicht ausfallen.

Die Alarmanlagen, die von der Bundesregierung zur Verfügung gestellt sind, sind so zu betreiben, dass sie bei einem Ausfall der Stromversorgung nicht ausfallen.

Die Alarmanlagen, die von der Bundesregierung zur Verfügung gestellt sind, sind so zu betreiben, dass sie bei einem Ausfall der Stromversorgung nicht ausfallen.

Die Alarmanlagen, die von der Bundesregierung zur Verfügung gestellt sind, sind so zu betreiben, dass sie bei einem Ausfall der Stromversorgung nicht ausfallen.

Die Alarmanlagen, die von der Bundesregierung zur Verfügung gestellt sind, sind so zu betreiben, dass sie bei einem Ausfall der Stromversorgung nicht ausfallen.

Die Alarmanlagen, die von der Bundesregierung zur Verfügung gestellt sind, sind so zu betreiben, dass sie bei einem Ausfall der Stromversorgung nicht ausfallen.

Die Alarmanlagen, die von der Bundesregierung zur Verfügung gestellt sind, sind so zu betreiben, dass sie bei einem Ausfall der Stromversorgung nicht ausfallen.

Die Alarmanlagen, die von der Bundesregierung zur Verfügung gestellt sind, sind so zu betreiben, dass sie bei einem Ausfall der Stromversorgung nicht ausfallen.

Die Alarmanlagen, die von der Bundesregierung zur Verfügung gestellt sind, sind so zu betreiben, dass sie bei einem Ausfall der Stromversorgung nicht ausfallen.

Die Alarmanlagen, die von der Bundesregierung zur Verfügung gestellt sind, sind so zu betreiben, dass sie bei einem Ausfall der Stromversorgung nicht ausfallen.

- c) die Elektrosirenenanlage auf ihre Kosten zu entfernen und ggf. wieder anzubringen, wenn der Grundstückseigentümer einen Umbau vornimmt, der ohne vorübergehende Entfernung der Elektrosirenenanlage nicht durchführbar ist.

Die Parteien erklären und erkennen an, daß nach der heute erfolgten gemeinsamen Besichtigung das Dach und seine Konstruktionsteile in einem für den Aufbau der Sirene benötigten Umkreis keine — folgende — Schäden — aufweisen:.....

Diese Vereinbarung gilt für 12 Jahre. Sie verlängert sich um jeweils weitere 12 Jahre, wenn sie nicht ein halbes Jahr vor Ablauf dieser Frist schriftlich gekündigt wird.

4. Zur dinglichen Sicherung der Rechte der Nutzungsberechtigten aus dieser Vereinbarung bestellen der Grundstückseigentümer und die Nutzungsberechtigte an dem unter Nummer 1 genannten Grundstück zugunsten der Nutzungsberechtigten eine beschränkte persönliche Dienstbarkeit folgenden Inhalts:

Die Inhaberin der Dienstbarkeit ist berechtigt,

- a) auf dem unter Nummer 1 genannten Grundstück eine Hochleistungssirene nebst Zubehör zu errichten, zu betreiben und zu unterhalten,
- b) die für den Anschluß der Sirene an das Warnnetz notwendigen Leitungen zu verlegen und zu unterhalten,
- c) das Grundstück zur Herstellung und Unterhaltung der Anlage zu betreten und die hierzu erforderlichen Arbeiten auf dem Grundstück ausführen zu lassen.

Der die Sirene betreibende bewilligt, bewilligen und die Parteien dieser Vereinbarung beantragen die Eintragung der beschränkten persönlichen Dienstbarkeit

Die Nutzungsberechtigte sorgt für die Weiterleitung des Antrages auf Eintragung der beschränkten persönlichen Dienstbarkeit an das Grundbuchamt. Das Grundbuchamt wird ersucht, die Eintragung dem Eigentümer und der Nutzungsberechtigten mitzuteilen. Diese beantragt Befreiung gemäß § 11 der Kostenordnung.

Sämtliche Kosten für die Bestellung und Eintragung der Dienstbarkeit trägt die Nutzungsberechtigte.

Sämtliche Kosten für die Bestellung und Eintragung der Dienstbarkeit trägt die Nutzungsberechtigte.

zur VwV Alarmdienst

Grundstückseigentümer-Vereinbarung B

Zwischen ..... in ..... nachfolgend als „Eigentümer“ bezeichnet und der Gemeinde/Stadt .....

..... als zuständige Behörde im Sinne der §§ 2 und 3 des Ersten Gesetzes über Maßnahmen zum Schutz der Zivilbevölkerung vom 9. Oktober 1957 (Bundesgesetzbl. I S. 1696), nachfolgend als „Nutzungsberechtigte“ bezeichnet, vertreten durch ..... wird folgende Vereinbarung getroffen:

1. Herr/Frau/Fräulein ..... ist im Grundbuch des Amtsgerichts ..... für ..... Band ..... Blatt ..... Seite ..... als Eigentümer des Grundstücks Plan Nr. .... Flur Nr. .... der Gemarkung ..... eingetragen.

2. Die Nutzungsberechtigte, bestehend aus Nutzungsberechtigten, an dem unter Nummer 1 genannten Grundstück eine Hochleistungssirenenanlage nebst Zubehör zu errichten, zu betreiben und zu unterhalten. Es gestattet die Verlegung und Unterhaltung der hierfür erforderlichen Anschlußleitungen.

Anlage zu betreten und die hierzu erforderlichen Arbeiten auf dem Grundstück ausführen zu lassen.

Anlage 1c  
zur VwV Alarmdienst



## Anlage 2 zur VwV Alarmdienst

### Vereinbarung mit dem Fernsprechteilnehmer

Ich bin / Wir sind damit einverstanden, daß die Anschlußleitung meines / unseres Fernsprechanchlusses Nr. .... Ortsnetz ..... zur Steuerung einer Sirenenanlage des örtlichen Alarmdienstes — auch bei den erforderlichen, zeitlich festgelegten und öffentlich bekanntgegebenen Probebetrieben — mitbenutzt wird.

Mir / Uns ist bekannt, daß die mitbenutzte Fernsprechan-schlußleitung für die Dauer des Sirenensignals für den Fernspreverkehr gesperrt ist und Gesprächsverbindungen in diesem Falle ohne Ankündigung getrennt werden.

....., den ..... 19 .....

(Unterschrift des Anschlußinhabers mit ausgeschriebenem Vornamen, bei Firmen rechtsgültige Zeichnung)

(Wohnort, Straße und Hausnummer)

(Gemeinde — Stadt)

(Unterschriften nach den Formvorschriften der Gemeindeordnung)

## Anlage 3 zur VwV Alarmdienst

### Gestattungsvertrag

zwischen  
dem / der

(Bezeichnung des Eigentümers des öffentlichen Grundstücks)

nachfolgend als Eigentümer bezeichnet,  
vertreten durch

und

der Gemeinde / Stadt .....  
als zuständiger Behörde im Sinne der §§ 2 und 3 des Ersten  
Gesetzes über Maßnahmen zum Schutz der Zivilbevölkerung  
vom 9. Oktober 1957 (BGBl. I S. 1696).

#### I.

Der / Die

(Bezeichnung des Eigentümers des öffentlichen Grundstücks)

gestattet der ..... auf dem Dach des  
(Gemeinde — Stadt)

Gebäudes / Grundstücks in .....  
(Ort, Straße und Hausnummer)

auf ihre Kosten eine Sirene anzubringen, zu betreiben und  
zu unterhalten.

#### II.

Die Gestattung ist unentgeltlich und dauert unbestimmte Zeit.

#### III.

Der / Die

(Bezeichnung des Eigentümers des öffentlichen Grundstücks)

gestattet dem Beauftragten der zuständigen Behörden, nach  
jeweils vorheriger Anmeldung bei der Hausverwaltung der  
örtlichen Dienststelle, den jederzeitigen Zutritt zu den ein-  
gebauten Geräten und Leitungen.

Der / Die

(Bezeichnung des Eigentümers des öffentlichen Grundstücks)

verpflichtet sich, den Zugang zur Sirene stets freizuhalten.

#### IV.

Die ..... verpflichtet sich, für alle

(Gemeinde — Stadt)

Personen- und Sachschäden zu haften, die dem / der

(Bezeichnung des Eigentümers des öffentlichen Grundstücks)

ihren Angehörigen oder Dritten durch die Einrichtung, den  
Betrieb oder die Unterhaltung der Sirenenanlage zugefügt  
werden.

#### V.

Zur Abgrenzung der Verantwortlichkeit werden Dach und  
Dachstuhl vor Einbau der Sirene von den Beauftragten des /  
der

(Bezeichnung des Eigentümers des Grundstücks)

und der ..... gemeinsam besichtigt.  
(Gemeinde — Stadt)

Der Befund wird schriftlich festgelegt.

#### VI.

Nach Beendigung der Gestattung ist die eingebaute Sirenen-  
anlage von der .....  
(Gemeinde — Stadt)

auf ihre Kosten zu entfernen und der ursprüngliche Zustand  
des Gebäudes wieder herzustellen.

#### VII.

Im übrigen gelten für die Gestattung die Bestimmungen des  
Bürgerlichen Gesetzbuches.

....., den ..... 19 .....

(Grundstückseigentümer)

(Gemeinde — Stadt)  
(Unterschriften nach den Form-  
vorschriften d. Gemeindeordnung)

**Nachstehende nicht veröffentlichte Erlasse werden hiermit  
aufgehoben:**

vom 7. 3. 1960 — III g — Az.: 24 c — 02 — Tgb.-Nr. 21 '60  
vom 27. 1. 1961 — III L 2 — 24 c — 12 — 03  
vom 19. 9. 1961 — III g 3 — 24 c — 12 — 03  
vom 22. 3. 1962 — III L 2 — 24 c — 12 — 03  
vom 29. 3. 1962 — III L 2 — 24 c — 12 — 03  
vom 19. 3. 1964 — VIII f 1 — 24 c — 12 — 03